

## Protokoll Mitgliederversammlung, 01. September 2010, Beratungszentrum Kleiner Prinz

1. Formalia
2. Berichte und Informationsaustausch zu den Vorgängen nach der Loveparade
3. Umgang und Konsequenzen nach der Loveparade-Katastrophe
4. Verschiedenes  
Anti AKW Demo Berlin 18. September 2010
5. Termine  
Grünes Sommerkino, Kantpark Beginn ca. 20.15  
8. September Balkonien  
15. September Milk

Beginn der Versammlung ist 19:25

Dirk Schönhagen eröffnet die Versammlung und fragt als erstes, ob es den Frauen der Versammlung Recht ist, dass die Sitzung von zwei Männern, Dirk Schönhagen und Sait Keles geleitet wird. Die Versammlung erhebt keinen Widerspruch.

Als nächstes stellt er den Vorschlag zur Tagesordnung vor. Diese wird auf Antrag um Punkt 4 Parteiordnungsverfahren des OV Walsum und des OV West gegen Dieter Kantel und Doris Janicki ergänzt. Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung wird beantragt, beides wird getrennt abgestimmt. Aufnahme des TOP ja 16, N 5 E einige TOP nicht öffentlich tagen ja 25 nein 16 E 1

Auf Antrag von Franz Tews werden nun der neue Top 4 mit dem neuen Top 5 getauscht, damit die interessierte Öffentlichkeit alle anderen TOP mitbekommt.

Nach Abschluss der Formalien bittet Sait Keles die Versammlung um eine Schweigeminute zum Andenken an die Opfer der Loveparade.

Danach begrüßt die Versammlungsleitung die Landesvorsitzende Monika Düker, MdL die zu TOP 2 Berichte und Informationsaustausch zur Loveparade über den Stand beim Innenausschuss des Landes berichtet, der am nächsten Tag das erste mal zusammentrifft. Im Anschluss an ihre Darstellung gibt es eine Fragerunde, bei der die Vor- und Nachteile der Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses abgewägt werden. Es geht auch um die Mitverantwortung von Partei und Veranstalter.

Im Anschluss berichtet Matthias Schneider für den Kreisvorstand über die Entscheidungsentwicklung des Kreisvorstands.

Dieter Kantel ergänzt aus der Sicht der Fraktion für die Gesamtfraktion und die Ratsfraktion.

Nach TOP 2 weist Dirk darauf hin, dass die Versammlung den gemieteten Raum bis 22.15 verlassen haben muss. Die Versammlung einigt sich auf eine Redezeitbegrenzung.

Die Versammlung wechselt nahtlos zu Top 3 Umgang und Konsequenzen nach der Loveparade-Katastrophe

Es werden zwei Anträge eingebracht, die von Matthias Schneider für den Kreisvorstand und Norbert Knabben für den OV Mitte vorgestellt werden. Es entsteht eine kontroverse Diskussion. ( Die eingebrachten Anträge finden sich im Anschluss an das Protokoll der Mitgliederversammlung)

Da die Zeit immer weiter fortschreitet wird von Matthias Schneider der Antrag gestellt, dem Antrag, wie er schon in der Gesamtfraktion verabschiedet wurde, zuzustimmen. Und nicht über die beiden schriftlich vorliegenden Anträge.

Dieser Antrag wird mit einer knappen Mehrheit von der Versammlung angenommen.

Der Antrag der Gesamtfraktion, der von Matthias Schneider mündlich zitiert wird, lautet:

1. Die Gesamtfraktion fordert den Oberbürgermeister auf, von seinem Amt zurückzutreten.
2. Der Ratsfraktion wird empfohlen, einem Abwahlverfahren zuzustimmen, falls der Oberbürgermeister bis dahin nicht zurückgetreten ist.

Es wird eine geheime Wahl beantragt.

Aus Zeitgründen wird beim Verlassen des Saals schriftlich und geheim abgestimmt. Wahlkommission sind Dietmar Beckmann, Anne Bünning und Ralf Welters

Für den Antrag wie Gesamtfraktion sind 31 Ja, bei 3 Nein und 3 Enthaltungen.

Ende der Versammlung 22.25

---

### Anträge im Wortlaut:

Die Mitgliederversammlung des Kreisverbands Duisburg möge beschließen

Die Duisburger Grünen sprechen den Hinterbliebenen und den vielen hundert Opfern, den traumatisierten Menschen in der ganzen Welt ihr tiefes Mitgefühl aus. Wir DuisburgerInnen haben eingeladen und diese Stadt hat versagt, Euch als Gäste Sicherheit zu geben. Wir wollen aufrichtig daran arbeiten, dass so etwas in unsere Stadt nie wieder passiert !

Die Mitgliederversammlung der Grünen stellt sich hinter die Beschlüsse des Kreisvorstandes in Bezug auf die Aufarbeitung der Katastrophe bei der Loveparade. Oberstes Ziel muss die Hilfe für die Hinterbliebenen und für die Opfer sein. Das Gedenken und die schonungslose Aufklärung müssen Vorrang haben. Aber auch die Konsequenzen für politische und moralische Fehlleistungen müssen nun gezogen werden. Die Duisburger Grünen fordern daher den Oberbürgermeister und den Sicherheitsdezernenten zum Rücktritt auf.

Die Mitgliederversammlung stellt sich ebenfalls hinter die Aufforderung der grünen Gesamtfraktion im Rat und des grünen Ortsverbandes Mitte an die grüne Fraktion zur Zustimmung zu einem Abwahlverfahren für den Oberbürgermeister, falls dieser nicht zurücktritt. Damit würde der Weg frei gemacht für ein bürgerschaftliches Votum. Nur so lässt sich eindeutig Klarheit in der Frage der zukünftigen städtische Repräsentanz der Leitung der Verwaltung schaffen und nur so lassen sich alle weiteren Spekulationen aus dem Weg räumen.

**Duisburg, 1. September 2010**

---

Antrag an die Mitgliederversammlung am 1.09.10

1. Der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen Duisburg verurteilt das angestrebte Parteiordnungsverfahren durch die Ortsverbände des OV – Walsum und des OV s-West.
2. Sowohl nach Inhalt aber auch in der Form der vorgetragenen Art einer öffentlichen medialen Inszenierung, lehnen wir dies als Instrument der politischen Auseinandersetzung ab.
3. Die Ortsverbände Walsum und OV – West werden aufgefordert das Parteiordnungsverfahren zurückzunehmen.

Barbara Schult  
Norbert Knabben  
(SprecherInnen des OV-Mitte)